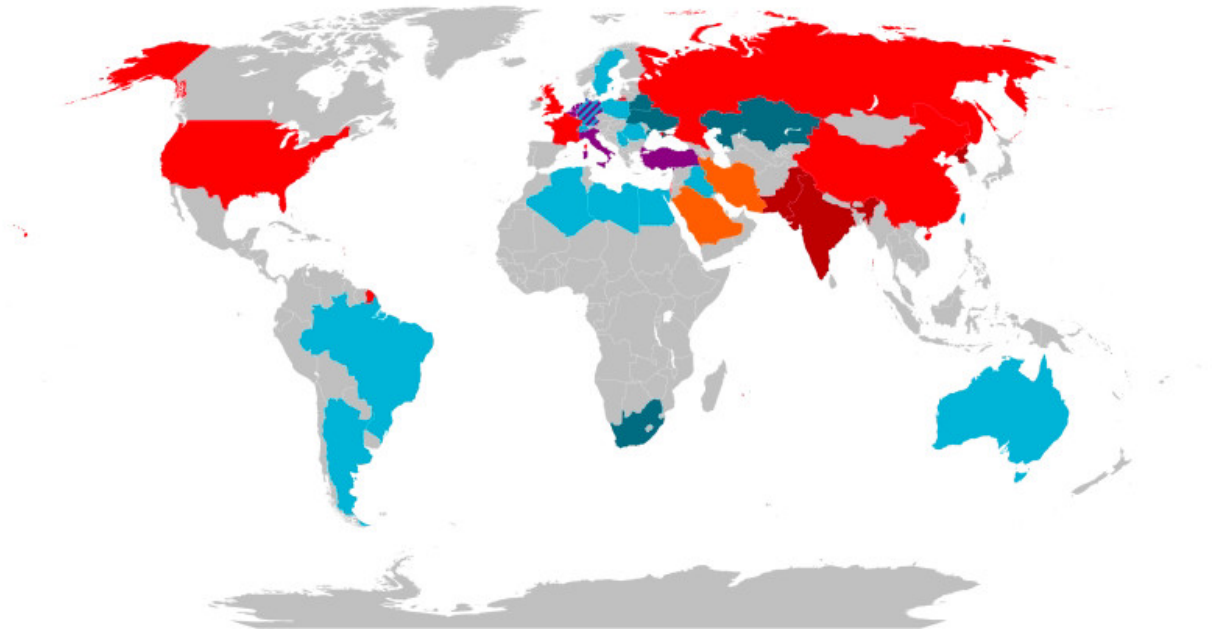




Politik

Das nukleare Konzert neben den USA – und Israels Schweigen

von Jochen Mitschka

15. Mai 2026

Mehrere Staaten besitzen anerkannte Atomwaffenarsenale – plus Israel, das offiziell keines hat. Jedes dieser Länder verfolgt eine eigene Logik des atomaren Schreckens, die gerade in einer Phase massiver geopolitischer Verwerfungen neu justiert wird. Schauen wir uns die wichtigsten Akteure und ihre Politik genauer an.

Im [ersten Teil](#) haben wir die Evolution der amerikanischen Atomdoktrin nachgezeichnet. Doch die USA sind nicht allein. Als Bernard Brodie 1946 schrieb, die Atombombe habe die Funktion von Waffen fundamental verändert, dachte er in bipolaren Kategorien: [Amerika gegen die Sowjetunion](#). Die Welt der Nuklearmächte ist heute komplexer und gefährlicher – nicht wegen einer einzigen dominierenden Logik, sondern weil mehrere konkurrierende Doktrinen mit unterschiedlichen Schwellen, Zielen und Eskalationsmodellen gleichzeitig in Kraft sind. Was passiert, wenn diese Systeme aufeinanderprallen?

Großbritannien

[Kontinuierliche Seeabschreckung – und die Illusion der Unabhängigkeit mit ~260 Sprengköpfen \(Obergrenze\), 4 U-Booten der Vanguard-Klasse und 1 Boot ständig auf Patrouille.](#)

Großbritannien bezeichnet sein Nukleararsenal als „*unabhängiges, minimales, glaubwürdiges Abschreckungsmittel*„. Die Betonung liegt dabei auf dem Wort **unabhängig** – und genau dort beginnt die Spannung mit der Realität. Die britische Abschreckung stützt sich auf Trident-II-D5-Raketen, die von amerikanischen Unterseebooten stammen, im Rahmen amerikanischer Infrastruktur gewartet werden und deren Testabschüsse unter US-Aufsicht vor der Küste Floridas stattfinden.

Großbritannien besitzt die Raketen nicht einmal formal – **es hat Zugang zu einem gemeinsamen Pool mit der US-Marine.**

Das Kernstück der britischen Doktrin ist die [sogenannte Continuous At Sea Deterrence \(CASD\)](#): Seit 1969, über 56 Jahre, war ununterbrochen mindestens ein britisches U-Boot mit nuklearer Bewaffnung auf See – als garantierte Zweitschlagskapazität.

Aufrüstung statt Abrüstung wie im Atomwaffensperrvertrag vorgeschrieben

Doch seit 2021 ist die britische Doktrin in Bewegung geraten. Das Integrated Review jenes Jahres hob die Obergrenze des Arsenal erstmals seit dem Kalten Krieg an – von [225 auf bis zu 260 Sprengköpfe](#) – und stellte die Praxis ein, Transparenzdaten zu Bestand, eingesetzten Raketen und Gefechtsköpfen zu veröffentlichen. Experten interpretierten dies als Signal, dass Großbritannien die Abschreckungslogik neu kalibriert.

Der *Strategic Defence Review* vom Juni 2025 brachte dann die wohl bedeutendste Weichenstellung seit Jahrzehnten: Das Vereinigte Königreich trat der nuklearen Abschreckungsmission der NATO offiziell bei und kündigte den Kauf von zwölf F-35A-Kampfflugzeugen an, die im Krisenfall **amerikanische** Nuklearwaffen tragen können. Gleichzeitig verpflichtete die Regierung 15 Milliarden Pfund für die Entwicklung eines neuen Sprengkopfs auszugeben. Auf dem NATO-Gipfel Ende Juni 2025 wurde dieser Schritt formell vollzogen.

Parallel dazu unterzeichneten Großbritannien und Frankreich im Juli 2025 die sogenannte *Northwood Declaration*. Die Formel lautete: Es gibt „*keine extreme Bedrohung Europas, die keine Antwort unserer beiden Nationen*“ provozieren würde. Nur ... Wer definiert im Ernstfall „*extrem*„?

Frankreich

[Force de frappe](#) – das europäische Sonderprojekt mit ~290+ Sprengköpfen (genaue Zahl seit 2026 unbekannt), 4 Triomphant-U-Booten, 3 Rafale-Staffeln, nuklear bewaffnet.

Charles de Gaulle traute den Amerikanern nicht. Würde ein US-Präsident wirklich das Risiko eingehen, New York für Paris zu opfern? De Gaulle glaubte es nicht – und schuf deshalb in den späten 1950er Jahren die *Force de frappe*: ein vollständig autonomes, rein französisch kontrolliertes Nuklearprogramm, das außerhalb der integrierten NATO-Kommandostruktur steht.

Diese institutionelle Autonomie ist das Erste, was die *Force de frappe* von den britischen Waffen unterscheidet. Frankreich produziert alle Komponenten seines Arsenal selbst – von den Sprengköpfen über die Trägerraketen bis zu den nuklear befähigten Rafale-Kampffjets. Die Entscheidung über den Einsatz liegt ausschließlich beim französischen Präsidenten, ohne Rücksprache mit der NATO oder irgendeinem Verbündeten.

Das zweite Alleinstellungsmerkmal ist das Konzept der *dissuasion du faible au fort* – Abschreckung des Starken durch den Schwachen. Frankreich muss weder die USA noch Russland an militärischer Stärke übertreffen. Es reicht, einem potenziellen Angreifer glaubhaft zu machen, dass der Angriff „*inakzeptable Schäden*“ nach sich zieht. **Die Doktrin verlangt keine Überlegenheit, sondern nur Glaubwürdigkeit.**

„Kein Staat, egal wie mächtig, könnte sich davor schützen; kein Staat, egal wie groß, könnte sich davon erholen“ – falls Frankreichs rote Linien überschritten werden. — Emmanuel Macron, Rede auf der U-Boot-Basis Île-Longue, März 2026

Frankreich geht den gleichen Weg wie USA und Großbritannien: Atomare Aufrüstung

Genau diese Rede vom März 2026 markiert die vielleicht bedeutendste Kurskorrektur der *Force de frappe* seit de Gaulle. Macron verkündete drei Dinge gleichzeitig: erstens die Vergrößerung des französischen Arsenal – ohne konkrete Zahlen zu nennen; zweitens das Ende der Transparenzpolitik, die seit 2008 eine Selbstverpflichtung auf unter 300 Sprengköpfe einschloss; und drittens die Ausweitung der Doktrin auf das Konzept der *dissuasion avancée* – der vorausgreifenden Abschreckung.

Was bedeutet das in der Praxis? Frankreich bietet acht europäischen Verbündeten – darunter Deutschland, Polen und die Niederlande – an, nukleare Übungen abzuhalten, konventionelle Streitkräfte in Frankreichs Abschreckungsplanung zu integrieren und im Krisenfall nuklear bewaffnete Rafale-Jets in den Partnerländern zu stationieren. Die Kontrolle über die Waffen verbleibt dabei ausschließlich in Paris. Macron nennt es keine nukleare Teilhabe – aber er beschreibt damit de facto eine neue Form davon.

China

„Kein Ersteinsatz“ – und 1.000 Sprengköpfe bis 2030, ~600 Sprengköpfe (Mitte 2025), ~1.000 geplant für 2030, >350 Neue ICBM-Silos gebaut.

Chinas offizielle Nukleardoktrin ist die einfachste aller Atommächte: **No First Use (NFU) – kein Ersteinsatz**. Seit dem ersten Atomtest im Jahr 1964 hat Peking erklärt, niemals als Erster Atomwaffen einzusetzen **und Staaten ohne Atomwaffen grundsätzlich keine nuklearen Drohungen zu machen**. Diese Selbstverpflichtung steht unverrückt im Mittelpunkt der chinesischen Erklärungs politik, wurde noch im Jahr 2025 mehrfach bekräftigt und bei internationalen Foren einschließlich der NPT (Atomwaffensperrvertrags)-Vorbereitungskonferenz verteidigt.

Gleichzeitig vollzieht China den aggressivsten Nuklearausbau in seiner Geschichte. Von etwa 200 Sprengköpfen im Jahr 2019 stieg das Arsenal auf schätzungsweise 600 im Jahr 2025 – mehr als eine Verdreifachung in sechs Jahren. Das US-Verteidigungsministerium prognostiziert über 1.000 einsatzbereite Sprengköpfe bis 2030. China hat hunderte neue Raketensilos für Feststoff-ICBMs gebaut, modernisiert seine U-Boot-gestützten Raketen auf die JL-3 der neuesten Generation und entwickelt Hyperschallgleiter, die Raketenabwehrsysteme überwinden sollen. Die chinesische Erklärung für diese Expansion: **Verteidigungsreaktivität und Antwort auf Amerikanische Raketenabwehrsysteme in der Region**.

Das angebliche Paradox der NFU-Politik

Westliche Analysten sehen Anzeichen imperialer Gelüste. Dabei kann man Chinas Reaktion sehr deutlich auf die aggressive „**Eindämmungspolitik**“ der USA zurückführen, was aber westliche Strategen ungern zugeben.

Hinzu kommt ein Faktor, der selten diskutiert wird: Chinas Atomwaffen werden traditionell in getrenntem Zustand gelagert – Sprengköpfe und Raketen werden erst im Einsatzfall zusammengeführt. Dieses „**niedrige Alarmniveau**“ galt als Sicherheitspuffer gegen Versehen oder Fehlkalkulationen. Allerdings: Berichte deuten darauf hin, dass

China seit 2021 mit ständigen U-Boot-Abschreckungspatrouillen begonnen hat – ein Zeichen, dass auch diese Trennung schrittweise aufgehoben wird. Und nachdem der Iran mehrmals mitten in diplomatischen Verhandlungen angegriffen wurde, wird deutlich, dass die Vorsichtsmaßnahmen Chinas nicht unbegründet sind, und das Land daher ähnlich wie Großbritannien auf alles vorbereitet sein will.

Russland

Die neu justierte Schwelle – November 2024, ~5.580 Sprengköpfe gesamt, ~1.550 Strategisch eingesetzt 2020/2024

Doktrinänderungen

Am 19. November 2024 unterzeichnete Wladimir Putin eine neue Version der „Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation auf dem Gebiet der nuklearen Abschreckung“. Das Datum war kein Zufall: Es war der Tag, an dem die Ukraine erstmals amerikanische ATACMS-Langstreckenraketen gegen Ziele auf russischem Territorium einsetzte, nachdem US-Präsident Biden dafür grünes Licht gegeben hatte. Putins neue Doktrin enthält zwei entscheidende Erweiterungen gegenüber der Vorgängerversion von 2020.

Erstens: Russland behält sich das Recht vor, Atomwaffen auch dann einzusetzen, wenn eine „kritische Bedrohung seiner Souveränität und territorialen Integrität“ vorliegt – die frühere Formulierung hatte nur den Fall vorgesehen, in dem „die Existenz des Staates selbst“ gefährdet sei.

Zweitens: Ein konventioneller Angriff auf Russland durch einen nicht-nuklearen Staat, der von einer Atommacht unterstützt wird, gilt als gemeinsamer Angriff dieser Atommacht – sprich: **Die Ukraine, die mit amerikanischen Waffen kämpft, macht die USA zum Mitangreifer.**

„Aggression gegen die Russische Föderation und ihre Verbündeten durch einen nicht-nuklearen Staat mit Unterstützung eines nuklearen Staates wird als gemeinsamer Angriff betrachtet.“ — Russische Nukleardoktrin, November 2024, Paragraf 19

Schon vor dieser Anpassung galt Russland als der Staat mit der niedrigsten Einsatzschwelle für Atomwaffen weltweit. Damit hatte Russland versucht, die konventionelle Unterlegenheit gegenüber der NATO zu kompensieren. Manche sagen, die schrittweise Verschärfung sei ähnlich erfolgt wie die schrittweise Erweiterung der NATO in Richtung der russischen Grenzen: Die Doktrin von 2000 erlaubte Nukleareinsatz als Reaktion auf „konventionelle Großangriffe“, 2020 wurde das explizit auf die Bedrohung staatlicher Infrastruktur ausgedehnt, und 2024 genügt nun bereits die „kritische Bedrohung der Souveränität“.

Die neue Doktrin könnte weniger ein Signal an die Ukraine sein als eine Vorbereitung auf ein **künftiges Szenario** mit der NATO – für das russische Planer, nach eigener Aussage, Kriegsvorbereitungen für den Fall eines NATO-Angriffs treffen.

Israel

Die **Samson-Option** – Abschreckung und Erpressung im Dunkeln, 80–400 Geschätzte Sprengköpfe, 0 Offizielle Bestätigung, 1979 Vela-Vorfall (vermutlich)

Israel gilt als einziger Staat der Welt mit Atomwaffen und trotzdem nicht als offiziell bestätigte Nuklearmacht. Die Politik der sogenannten *Amimut* – auf Hebräisch: Unklarheit – ist kein Zufall, sondern strategisches Kalkül: Weder bestätigen noch dementieren, was als „*die Bombe im Keller*“ bezeichnet wird. Keine Mitgliedschaft im Atomwaffensperrvertrag, (daher auch die [Angebote](#) an Südafrika unter Apartheid, Kernwaffen zu kaufen), keine Inspektionen, keine Transparenz. Und doch Kernwaffen, lieferbar per Flugzeug, Rakete und, nach verbreiteter Einschätzung, auch per von U-Booten getragenen Marschflugkörpern. U-Boote, die von Deutschland geschenkt und subventioniert wurden.

Das Programm begann in den 1950er Jahren unter Ministerpräsident David Ben-Gurion, mit verdeckter Unterstützung Frankreichs und – wie später bekannt wurde – in einer merkwürdigen Kooperation mit der US-Regierung, die zwar nie offiziell billigte, aber faktisch wegschaute. Die Anlage in **Dimona** in der **Negev-Wüste** wurde als „*Forschungsreaktor*“ präsentiert, war aber in Wahrheit ein **Plutoniumproduktionsbetrieb**.

Die Samson-Option trete nach westlicher Auffassung nur in Kraft, wo feindliche Aggression Israels „*Existenz als lebensfähigen Nationalstaat*“ bedrohen würde. Sie geht auf den biblischen Richter Simson zurück, der, verraten, geblendet und gefangen, die Säulen des philistäischen Tempels niederriss und dabei sich selbst und seine Feinde in den Tod riss. Die strategische Botschaft: Wer Israel in die „*Auslöschung*“ treibt, z.B. mit der Forderung nach Abschaffung der Apartheid und gleichen Rechten für alle Menschen, die unter der Herrschaft Israels leben, würde mit in die Auslöschung gerissen. Die Drohung der Vernichtung – aber aus der Perspektive des angeblich Unterlegenen, der die Kosten für den Sieger unerträglich macht. De facto ein Erpressungspotential gegen eine Ein-Staatenlösung Israel-Palästina, mit gleichen Rechten für alle Bewohner.

Die Erpressung hat sich bewährt

Der Jom-Kippur-Krieg 1973 gilt als der Moment in der Geschichte, in dem die Option möglicherweise ernsthaft erwogen wurde. Die USA lieferten massiv Waffen, um den Einsatz zu verhindern.

Mit dem Ausbruch des Völkermordes in Gaza im Jahr 2023 und dem Angriff iranischer Kräfte auf Israel im Jahr 2024 ist die Samson-Option als analytische Kategorie zurückgekehrt. Die israelische Offensive gegen iranische Nuklearstandorte im Juni 2025 – der größte israelische Angriff auf Iran seit Jahrzehnten – hat die Frage nach der nuklearen Dimension noch einmal verschärft: Was passiert, wenn Iran die Nuklearschwelle überschreitet? Dann, so Strategen wie Louis René Beres, könnte Israel „*gezwungen*“ sein, die nukleare Unklarheit teilweise aufzugeben und die Samson-Option explizit als Abschreckungsmittel gegen Teheran „*einzusetzen*“.

Das Tabu und sein Riss

Obwohl die Hamas sicher keine „*existentielle Bedrohung*“ für die größte Militärmacht der Region darstellte, forderte im Oktober 2023 ein israelischer Minister öffentlich den Einsatz von Atomwaffen gegen Gaza. Die Regierung distanzierte sich zwar von der Aussage unter dem Druck des Auslandes. Doch sie markierte etwas: **das erste Mal seit Jahrzehnten, dass ein hoher Regierungsvertreter eines atombewaffneten Staates öffentlich den Nukleareinsatz forderte – nicht gegen einen nuklearen Staat, sondern gegen eine nicht-nukleare Bevölkerung.** Das nukleare Tabu zeigt Risse.

Die Summe der Teile – ein globales System am Kipppunkt

Was ergibt sich aus diesem Panorama?

Sieben Staaten, (Nun müsste man auch noch über **Nordkorea, Indien, Pakistan** und sogar **Japan**, das darüber diskutiert ebenfalls Kernwaffenstaat zu werden, schreiben, aber das würde diesen Artikel sprengen) sieben unterschiedliche Doktrinen, sieben konkurrierende Definitionen davon, was Nuklearwaffen sind und wann sie eingesetzt werden dürfen. Man müsste auch über die Bemühungen sprechen, die seit Jahrzehnten vom Iran angeführt werden, um ein atomwaffenfreies Westasien zu vereinbaren.

Fazit

Die Rüstungskontrollarchitektur, ist weitgehend **kollabiert**:

Der New START-Vertrag wurde ausgesetzt, der Atomwaffenverbotsvertrag wird von allen Nuklearmächten ignoriert. Der Atomwaffensperrvertrag, welche die damaligen Atommächte verpflichtet, aktiv auf Abrüstung und sogar Abschaffung von Kernwaffen hinzuarbeiten, wird nur noch als Waffe gegen Nicht-Atom-Staaten eingesetzt wird.

Aber niemand wagt es, sie dafür zur Rechenschaft zu ziehen.

Bild: [Wikipedia](#), Rot, Atommächte im Atomwaffensperrvertrag.

Indiens und Pakistans Bombe – und das große Wegschauen Washingtons

von [Jochen Mitschka](#)

16. Mai 2026

Während die USA einen brutalen Angriffskrieg gegen den Iran damit begründen, das Land müsse davon abgehalten werden eine Atombombe zu entwickeln, die es gar nicht entwickeln wollte, schauen wir uns einmal an, wie sich Washington in anderen Fällen verhalten hat, in denen Länder tatsächlich eine entwickelten.

In der aktuellen Krise zwischen Indien und Pakistan prallen zwei Atommächte aufeinander, deren nukleare Programme Washington einst aktiv duldete, förderte oder zumindest systematisch ignorierte – je nachdem, welche geopolitischen Interessen gerade dominierten. Eine Geschichte der selektiven Empörung.

In [vorherigen Teilen dieser Artikelserie](#) haben wir die nuklearen Doktrinen der offiziell anerkannten Atommächte sowie Israels besprochen. Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) nennt fünf legitime Nuklearstaaten – und die Welt hat inzwischen neun. Nordkorea, Indien und Pakistan zählen zu jenen Ländern, die nie dem NPT beitraten oder aus ihm austraten. Gerade Indien und Pakistan sind dabei besonders aufschlussreich: Denn beide Bomben entstanden in einem geopolitischen Umfeld, in dem die USA theoretisch die Macht gehabt hätten, die Proliferation zu verhindern – und es nicht taten.

Indien: Die friedliche Explosion, die keine war

Atomtest 1974 und 1998. Geschätzte Sprengköpfe heute: 172. Trägersysteme: landgestützte Raketen, Kampfflugzeuge, Atom-U-Boote in Entwicklung. Doktrin: offiziell „*No First Use*„.

Indiens nuklearer Weg beginnt mit Homi Jehangir Bhabha, Physiker und Gründer des indischen Atomprogramms. Er überzeugte Jawaharlal Nehru in den frühen 1950er Jahren, dass Atomenergie – und implizit auch Atomwaffen – für ein aufstrebendes postkoloniales Indien unabdingbar seien. Das Paradoxe: Geholfen haben dabei ausgerechnet die Westmächte, allen voran Kanada und die USA.

Im Rahmen des Programms *Atoms for Peace*, das US-Präsident Eisenhower 1953 lancierte, erhielt Indien zivile Nukleartechnologie und den CIRUS-Forschungsreaktor – geliefert von Kanada, mit schwerem Wasser aus den USA. Die offizielle Begründung: friedliche Nutzung. Die tatsächliche Nutzung: Der Plutonium-Ausgang dieses Reaktors lieferte später das spaltbare Material für Indiens ersten Atomtest.

Die „friedliche Nuklearexplosion“ von 1974

Am 18. Mai 1974 zündete Indien in der Wüste von Pokhran eine Atombombe und nannte es offiziell eine „*Peaceful Nuclear Explosion*“ – eine friedliche Nuklearexplosion. Der Codename war ironischerweise *Smiling Buddha* [*Lächelnder Buddha*].

Die unmittelbare Reaktion Washingtons war verhalten – kein umfassendes Sanktionsregime, kein dauerhafter Abbruch der Beziehungen. Kanada zog sich aus der Nuklearkooperation zurück. Die USA verhängten gewisse Einschränkungen beim Technologietransfer. Doch der entscheidende Hebel – harte wirtschaftliche Sanktionen,

wie sie anderen Ländern in ähnlichen Situationen drohten – blieb aus. Der Grund: Indien war zu wichtig. Im Kontext des Kalten Krieges, in dem Indien als Führungsmacht der Blockfreienbewegung mal Moskau, mal Washington hofierte, scheute Washington vor einem dauerhaften Zerwürfnis zurück.

1998: Die zweite Testreihe und der schnelle Schwenk

Im Mai 1998 zündete Indien unter Premierminister Vajpayee fünf weitere Bomben. Diesmal reagierten die USA mit Sanktionen – aber auch diesmal nur kurz. Binnen zwei Jahren wurden die meisten Beschränkungen aufgehoben. Und 2005, unter Präsident George W. Bush, vollzog Washington den vielleicht bemerkenswertesten Schwenk der amerikanischen Nichtverbreitungspolitik: Das **US-Indien Civilian Nuclear Agreement** wurde unterzeichnet.

Das Abkommen ermöglichte Indien Zugang zu ziviler Nukleartechnologie und Brennstoff aus den USA – obwohl Indien dem NPT nicht beigetreten war, obwohl Indien Atomwaffen besaß und obwohl dies einen beispiellosen Bruch mit der bisherigen amerikanischen Linie darstellte. Die offizielle Begründung: *Indien sei eine verantwortungsvolle Demokratie*. Der eigentliche Grund: China. Washington brauchte Indien als Gegengewicht in seiner „teile und herrsche“ Politik in Asien und war bereit, die eigene Nichtverbreitungslogik dafür zu opfern.

„Der Deal schickt eine klare Botschaft an jeden Staat der Welt: Wenn ihr einfach so Atomwaffen entwickelt, wir uns entscheiden, euch zu mögen, werden wir die Regeln für euch ändern.“ — [Daryl Kimball, Arms Control Association, 2006](#)

Pakistan: Die islamische Bombe und der nützliche Verbündete

Erster Test: 1998. Geschätzte Sprengköpfe heute: 170. Trägersysteme: landgestützte Raketen, Kampfflugzeuge. Doktrin: kein „No First Use“, niedrige Einsatzschwelle gegenüber konventionell überlegenem Indien.

Wenn Indiens nukleare Geschichte eine Geschichte der stillschweigenden Duldung ist, dann ist Pakistans Geschichte eine der aktiven Verdrängung. Denn hier ließen die USA nicht nur wegschauen – hier schauten sie aktiv weg, solange Islamabad geopolitisch nützlich war.

A.Q. Khan und der Ursprung der Bombe

Das pakistanische Atomprogramm hat einen Namen, der untrennbar mit ihm verbunden ist: [Abdul Qadeer Khan](#). Der Nuklearmetallurge hatte in den frühen 1970er Jahren in den Niederlanden gearbeitet – bei URENCO, einem Konsortium zur Urananreicherung – und dabei Zugang zu hochsensiblen Zentrifugen-Bauplänen erhalten. Nach seiner Rückkehr nach Pakistan 1976 baute er das Atomprogramm quasi im Alleingang auf.

Khan schreckte dabei nicht vor Industriespionage zurück. Er kopierte Pläne, schmuggelte Komponenten und kaufte auf dem Schwarzmarkt ein, was er nicht klauen konnte. Das Netzwerk, das er dabei aufbaute, sollte später Technologie an Nordkorea, Iran und Libyen weiterverkaufen – eines der gefährlichsten nuklearen Proliferationsnetzwerke der Geschichte.

Das Entscheidende: Washingtons Geheimdienste wussten davon. Und schwiegen.

Afghanistan als Freikarte

Der Grund war einfach: Pakistan war nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979 unverzichtbarer Verbündeter der USA. Über pakistanisches Territorium flossen CIA-Gelder und Waffen an die Mudschaheddin. Islamabad hielt den Schlüssel zu dieser strategischen Lifeline – und nutzte ihn.

Der damalige CIA-Direktor William Casey soll intern gewarnt haben, dass Pakistan aktiv an der Bombe arbeite. Die Reagan-Regierung entschied sich trotzdem, jedes Jahr den Kongress davon zu überzeugen, dass Pakistan *kein* Atomwaffenprogramm verfolge – was gesetzlich notwendig war, um die Militärhilfe aufrechtzuerhalten.

1985 verabschiedete der US-Kongress den sogenannten **Pressler Amendment**, der Hilfgelder an Pakistan nur unter der Bedingung erlaubte, dass Pakistan *keine* Atomwaffe besaß. US-Präsidenten Reagan und Bush sen. bescheinigten Pakistan jährlich diese Bedingung – bis 1990. Da war der sowjetische Abzug aus Afghanistan abgeschlossen, Pakistan geopolitisch weniger nützlich, und plötzlich „entdeckte“ Washington, was es schon längst gewusst hatte: Pakistan hatte die Bombe.

„Ich kann dem Kongress nicht mehr bestätigen, dass Pakistan keine Atomwaffe besitzt.“ — [sinngemäß](#) Präsident George H.W. Bush, 1990, bei der Einstellung der Militärhilfe

1998: Die Antwort auf Indien – und erneute Amnestie

Als Indien im Mai 1998 seine Tests durchführte, zog Pakistan nur zwei Wochen später nach. Fünf Zündungen in den Chagai-Bergen. Die USA verhängten Sanktionen – dieselben, die sie auch gegen Indien verhängt hatten. Doch nach den Anschlägen vom 11. September 2001 brauchte Washington wieder einen Verbündeten in der Region, diesmal für den Krieg in Afghanistan. Die Sanktionen gegen Pakistan wurden aufgehoben, Milliarden an Militärhilfe flossen, und A.Q. Khan – der zu diesem Zeitpunkt sein Netzwerk bereits an mehrere „*Schurkenstaaten*“ verkauft hatte – wurde von Präsident Musharraf 2004 begnadigt. Washington akzeptierte diese Begnadigung, ohne öffentlichen Protest.

Die doppelte Messlatte: Ein Muster, kein Zufall

Was ergibt sich aus diesen beiden Geschichten? Ein klares Muster, das sich durch Jahrzehnte amerikanischer Außenpolitik zieht: Die Frage, ob ein Land Atomwaffen entwickeln darf, wird in Washington nicht nach dem Völkerrecht entschieden, sondern nach dem geopolitischen Nutzwert des jeweiligen Landes.

Iran darf keine Zentrifugen betreiben – und wird dafür mit Sanktionen, Sabotage und Militärschlägen (durch Israel, mit amerikanischer Billigung) belegt. Nordkorea wird isoliert und bedroht. Beide Länder werden als Beweis für die Notwendigkeit des NPT präsentiert.

Pakistan hingegen durfte jahrelang ungehindert ein Atomwaffenprogramm aufbauen, während Washington die Augen schloss. Indien wurde sogar mit einem Sonderabkommen belohnt, das ihm Zugang zu ziviler Nukleartechnologie verschaffte, obwohl es dem NPT nie beigetreten ist.

Israel – wie im vorangegangenen Artikel dieser Serie analysiert – besitzt nach allgemeiner Überzeugung 80 bis 400 Sprengköpfe, bestätigt dies nie offiziell und ist nie

auch nur in die Nähe von Sanktionen geraten. Die USA haben das israelische Programm von Beginn an faktisch gedeckt.

Das Ergebnis dieser Politik ist eine nuklear bewaffnete Welt, in der die Regeln für Freunde nicht gelten – und für Feinde alles. Und dabei haben wie die atomare Bewaffnung europäischer Länder im Rahmend er „nuklearen Teilhabe“ durch die USA noch gar nicht beleuchtet. Der NPT, der eigentlich zur universellen Abrüstung verpflichten sollte, ist damit zu einem selektiv eingesetzten Instrument der Mächtigen geworden.

Fazit: Zwei Bomben, eine Logik

Indien und Pakistan – zwei Atommächte, die heute im Mai 2026 mit konventionellen Waffen aufeinander losgehen und dabei auf nuklearen Arsenalen sitzen – sind das Ergebnis einer amerikanischen Nichtverbreitungspolitik, die ihrem Namen nicht gerecht wurde. Washington hatte in beiden Fällen die Mittel, die Hebel und das Wissen, um einzugreifen. Es entschied sich dagegen, weil die geopolitischen Kosten zu hoch erschienen.

Nun, da die Krise zwischen den beiden Ländern eskaliert, wird deutlich, was auf dem Spiel steht – nicht nur in Südasien, sondern für das gesamte internationale Nichtverbreitungsregime. Wer jahrzehntelang selektiv wegschaut, sollte sich nicht wundern, wenn die Welt nuklear unübersichtlicher wird. Andererseits ist das Beispiel [Pakistans vs Indien auch ein Beweis](#), dass, zumindest bisher, auch so genannte Entwicklungs- und Schwellenstaaten, nicht leichtfertig mal eben „*die Bombe*“ einsetzen.

Jetzt fehlt eigentlich nur noch die Geschichte der Kernwaffenentwicklung **Nordkoreas** und seiner Folgen, die „*Nukleare Teilhabe*“ sowie das Drängen in Japan und Deutschland nach „*dem Atomschirm*“, und wir sollten verstehen, was es mit „*der Iran darf keine Atombombe bekommen*“ auf sich hat.